

# LAND TAGS KURIER



Seite 6:  
Parlament debattiert  
Mobilitätswende und  
künstliche Intelligenz



Seite 16:  
Festakt zum Tag der  
Deutschen Einheit  
am 3. Oktober



Seite 18:  
Zahlreiche Gäste  
besuchen den Landtag  
zum Tag der offenen Tür

Ausgabe  
6.21



**Sächsischer Landtag**



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Sie haben bei der Bundestagswahl mit großer Mehrheit Ihre Stimmen abgegeben und so von Ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Dafür danke ich Ihnen. Es ist diese Zivilisiertheit unserer Demokratie, auf die wir alle stolz sein können. In ihr verlaufen Machtwechsel friedlich und parlamentarische Mehrheiten verschieben sich gemäß dem Wählervotum. Mir persönlich war es am Tag der Deutschen Einheit daher ein besonderes Anliegen, an jene Frauen und Männer der Friedlichen Revolution 1989 zu erinnern, die damals in der DDR-Diktatur mutig freie Wahlen einforderten und damit erreichten, dass wir heute unsere Parlamente in Freiheit wählen können. Trotz des notwendigen politischen Streits, der auseinandergelassenen Meinungen und manch scheinbar unversöhnlicher Konflikte müssen wir uns alle immer wieder um eine friedliche Einheit bemühen. Gesellschaftliche Aussöhnung ist eine Daueraufgabe, ein Zustand, den es nie zu verlassen gilt – nicht vor einer Wahl, nicht danach.

Aber die Friedliche Revolution brachte uns weit mehr. Sie öffnete in Europa die lange Zeit für unüberwindbar gehaltenen Grenzen und führte die Staaten West-, Mittel- und Osteuropas in der Europäischen Union zusammen. Beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit stand daher diesmal die deutsch-französische Freundschaft im Zentrum. Zugleich unterhalten wir in Sachsen schon immer engste Kontakte zu unseren mitteleuropäischen Nachbarländern. Seit fast 30 Jahren pflegen der Sächsische Landtag und der Landtag von Niederösterreich eine Partnerschaft. Mitte September konnte sich eine Delegation sächsischer Abgeordneter in St. Pölten, der Hauptstadt des Bundeslandes Niederösterreich, dessen versichern. Ein Novum bildete eine gemeinsame Sitzung der Europaausschüsse des Senats der Tschechischen Republik und des Sächsischen Landtags auf der Ortenburg in Bautzen. Hier ging es neben der Vertiefung der sächsisch-tschechischen Kooperationen vor allem um die Herausforderungen des Strukturwandels in den Regionen. Mehr Informationen darüber bietet Ihnen das neue Heft des Landtagskuriers. Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre!

  
Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## TRAUER

**Trauer um Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**..... 3

## PLENUM

36. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Sich selbst und andere schützen**  
Staatsregierung ruft zu gesellschaftlicher Verantwortung auf ..... 4

36. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Umbau im sächsischen Wald**  
Diskussion über Zukunftsstrategien in der Wald- und Forstwirtschaft..... 5

36. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Wandel auf der Schiene**  
Regionalbahn- und Fernverkehrsstrecken gewinnen wieder an Bedeutung ..... 6

37. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Potenziale der künstlichen Intelligenz**  
Chancen sollen ergriffen werden, ohne Risiken aus dem Blick zu verlieren..... 8

37. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Linksextremistische Gewalt und Versammlungsfreiheit**  
Landtag debattiert über Ausschreitungen bei Leipziger Demonstration..... 9

37. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Über den Umgang mit Menschen**  
Diskussion über die Aufnahme von Ortskräften aus Afghanistan ..... 10

## PARLAMENT

**Petitionsbericht 2020 vorgestellt**  
Zahlreiche Petitionen zu den Corona-Maßnahmen..... 11

**Delegationsreise nach Niederösterreich**  
Landtagsabgeordnete zu Besuch im flächengrößten Bundesland Österreichs..... 12

**Verbindende Zukunft**  
Treffen der Europaausschüsse aus Tschechien und Sachsen..... 13

**Laufende Gesetzgebung**..... 14

## AKTUELLES

**»Wir brauchen ein starkes, geschlossenes Europa!«**  
Feierstunde zum 31. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 in Dresden..... 16

**Endlich wieder Landtag live**  
Tag der offenen Tür und Dresdner Stadtfest am 2. und 3. Oktober 2021..... 18

## EIN TAG MIT...

**Im Parlament kann man perspektivisch denken**  
Ein Tag mit Geert Mackenroth, Sächsischer Ausländerbeauftragter..... 20

## GESCHICHTE

**Alfred Fellisch – Der Übergangspremier 1923/24**  
Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 4)..... 22

## SERVICE

**Weitere Informationen des Sächsischen Landtags**..... 24



Foto: SK, M. Gärber

# Trauer um Ministerpräsident a. D. Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

\* 28. Januar 1930 † 12. August 2021

Der Sächsische Landtag trauert um den ehemaligen Ministerpräsidenten und Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Er verstarb am 12. August 2021 im Alter von 91 Jahren. Von 1990 bis 2004 war er Mitglied des Sächsischen Landtags und von 1990 bis 2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

## Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner erinnerte:

» Mit Kurt Biedenkopf verliert Sachsen nicht nur den ersten Landesvater des wiedergegründeten Freistaates, sondern seine bedeutendste politische Persönlichkeit nach der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Deutschlands. Wie kein anderer Landespolitiker prägte Kurt Biedenkopf die Epoche nach 1990 und legte mit seinen Kabinetten den Grundstein für die beeindruckende Erfolgsgeschichte Sachsens. Ihm gelang es, den Wiederaufbau unserer sächsischen Heimat voranzubringen. Seine Tatkraft und Weitsicht haben mich tief beeindruckt. Sein Lebenswerk ist und bleibt ein wahrer Glücksfall für den Freistaat. «

Gemeinsam mit vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern trug sich der Landtagspräsident am 16. August 2021 in das Kondolenzbuch für Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ein.

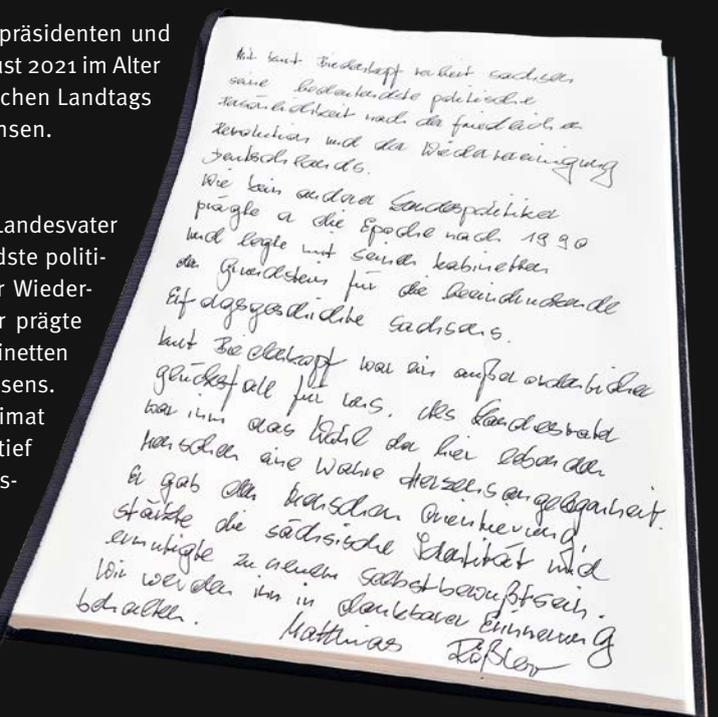




Foto: S. Floss

Dr. Thomas Schubert

# Sich selbst und andere schützen

Staatsregierung ruft zu gesellschaftlicher Verantwortung auf

// Die 36. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 29. September 2021 begann mit dem Bericht der Sächsischen Staatsregierung zur Corona-Pandemie. Im Zentrum der Debatte standen diesmal die Themen Impfung, Grundrechte und Bildung. //

## Impfung als gelebte Solidarität

Sachsen sei mit Blick auf Corona gut durch den Sommer gekommen, begann Sozialministerin Petra Köpping (SPD). Dennoch sei hier die Zahl der Geimpften zu gering, 1,7 Millionen Menschen in Sachsen verfügten nicht über einen Impfschutz. Es sei deshalb nach wie vor notwendig, vorsichtig zu bleiben. Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (BÜNDNISGRÜNE), bezeichnete die Impfung als gelebte Solidarität mit all jenen, die sich nicht impfen lassen können. Impfen sei der beste Weg aus der Pandemie.

Der Staatsregierung fehle es weiter an einer tragfähigen Strategie, welche die Grund- und Freiheitsrechte wahre, entgegnete der Fraktionsvorsitzende der AfD, Jörg Urban. Während sich die europäischen Nachbarn immer weiter von den Zwangsmaßnahmen verabschiedeten, würden diese hierzulande zementiert. Er fordere daher die Staatsregierung auf, den Bürgern ihre Freiheit zurückzugeben, das »Corona-Spektakel« zu beenden und Druck von den Ungeimpften zu nehmen.

## Schule sicher machen

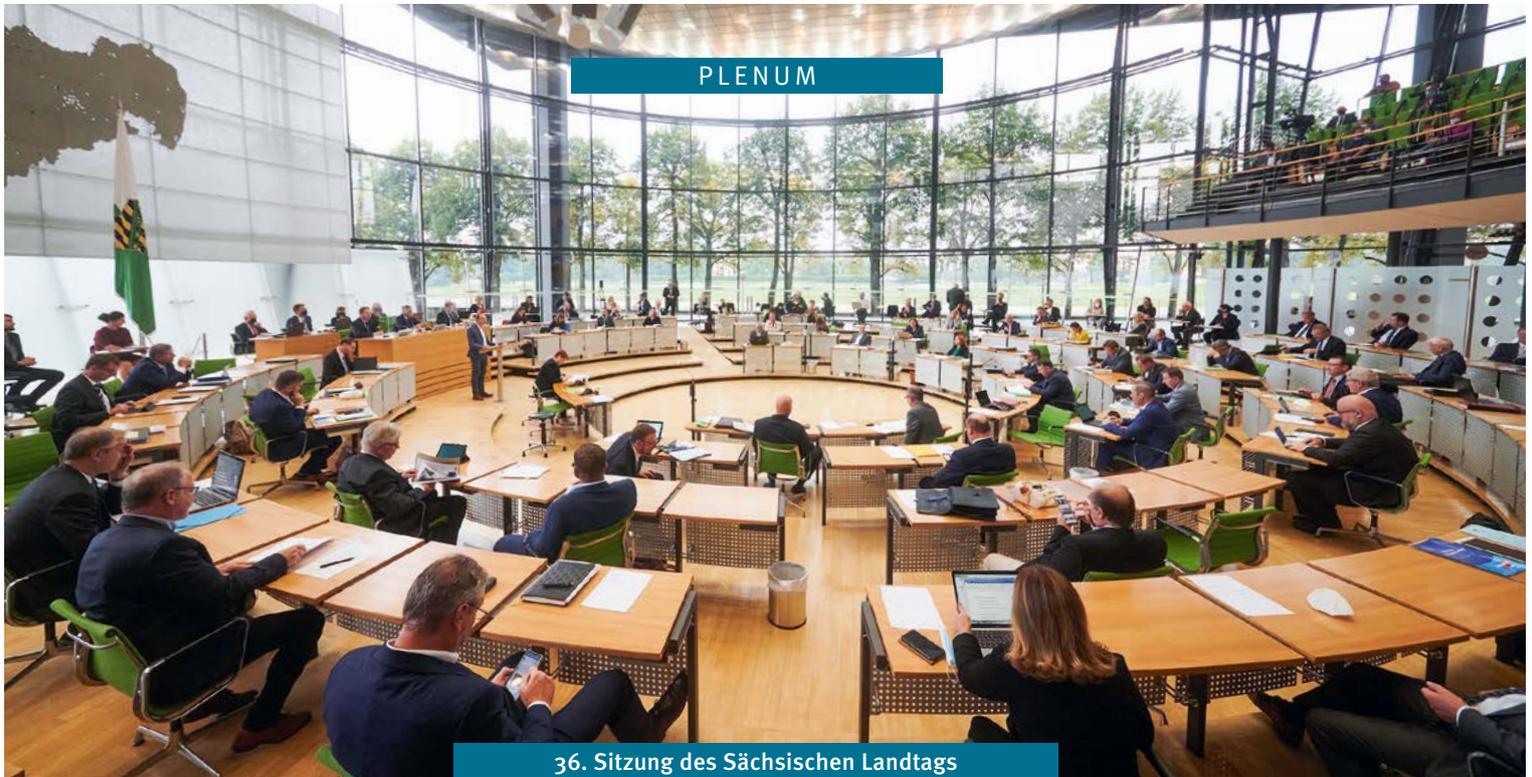
Alles, was in den letzten beiden Jahren gemacht wurde, habe nicht dazu gedient, die Gesellschaft zu spalten, wie die AfD fälschlicherweise behaupte, sondern einzig und allein den Zweck gehabt, Menschenleben zu schützen und die Wirtschaft dieses Landes gut durch die Pandemie zu bringen, betonte Alexander Dierks, CDU. Das sei in Sachsen besser gelungen als in den allermeisten Ländern der Welt. Nun sei es ein Gebot der Vernunft, für das Impfen zu werben und weiter verantwortungsvoll zu handeln.

Luise Neuhaus-Wartenberg von der Fraktion DIE LINKE richtete ihren Blick auf die Schulen. Alles, um den Ort Schule sicher zu machen, habe nicht stattgefunden. Überall herrsche Unmut, die Betroffenen fühlten sich alleingelassen. Lehrerinnen und Lehrer müssten stattdessen mit einem anderen Selbstverständnis ausgestattet werden, es brauche mehr Autonomie an den Schulen, eine umfassende Digitalisierung des Unterrichts sowie mehr Flexibilität im Bildungssystem.

## Schwächere Menschen schützen

Es dürften nicht jene Menschen vergessen werden, so Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, die ganz besondere Unterstützung beim Schutz vor Corona bräuchten. Informationen müssten auch in Leichter Sprache sowie in Gebärdensprache zur Verfügung stehen. Es gelte, niedrigschwellig zu informieren. Zudem sollten alle Personengruppen in den Blick geraten, auch jene ohne Krankenversicherung, etwa Obdachlose oder Menschen ohne Aufenthaltstitel.

Man habe viel über das Coronavirus gelernt, Impfstoffe entwickelt und als Gesellschaft großes Glück, sich nun gegen schwere Krankheitsverläufe schützen zu können, erläuterte Simone Lang, SPD. Viele Menschen im Land seien von der Pandemie gezeichnet, aus den unterschiedlichsten Gründen. Sie verstehe daher nicht, dass sich viele einer Impfung verweigerten. Impfen sei keine Sinnungsfrage, sondern das beste Mittel, möglichst gesund aus der Pandemie zu kommen.



36. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Floss

Dr. Thomas Schubert

# Umbau im sächsischen Wald

Diskussion über Zukunftsstrategien in der Wald- und Forstwirtschaft

// »Ohne Waldumbau wird's teuer: Wald-, Forst- und Holzwirtschaft zukunftsfähig aufstellen« lautete der Titel der ersten Aktuellen Debatte der 36. Sitzung. Der Antrag stammte von der Fraktion BÜNDNISGRÜNE. //

## Ökologische und ökonomische Schäden

Auch wenn sich viele Menschen über den verregneten Sommer geärgert hätten, so Volkmars Zschocke, BÜNDNISGRÜNE, sei das diesjährige Wasser-Plus für den Wald ein Segen. Die Waldkrise sei jedoch nicht vorüber, das Schadgeschehen setze sich fort. Würde das Pariser Klimaziel verfehlt, liefen die heimischen Wälder Gefahr, mit der Anpassung an die neuen klimatischen Bedingungen vollends überfordert zu werden. Deshalb müsse man dringend klimaresiliente Waldökosysteme schaffen.

Waldumbau sei ein ständiger Prozess, wie er seit 1990 im Staatswald und bei den Privatbetrieben stattfinde, stellte Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, fest. In den letzten Jahren hätten Sturm, Trockenheit und Käfer große finanzielle Schäden angerichtet, hinzu kämen die hohen Kosten der Aufforstung, die besonders den Privaten zusetzen. Dabei sei gerade der nachwachsende Rohstoff Holz eine wichtige Brücke für eine neue Energie- und Rohstoffversorgung des Landes.

## Mehr gesellschaftliche Wertschätzung

Wald-, Forst- und Holzwirtschaft zukunftsfähig zu machen, das sei auch das Anliegen der AfD-Fraktion, betonte Ivo Teichmann. Die Zeit dränge und ein »Weiter so« dürfe es nicht geben, zumal die rund 80 000 privaten Waldbesitzer mit der Situation im Wald zunehmend überfordert seien. Neben einer fachlichen Fortbildung brauche es mehr gesellschaftliche Wertschätzung, etwa in Form einer finanziellen Unterstützung aus der CO<sub>2</sub>-Umlage oder der Stärkung sächsischer Forstbetriebsgemeinschaften.

Der Waldumbau sei dringend notwendig, führte Antonia Mertsching, DIE LINKE, aus. Wer jedoch baue den Wald um? Sie frage sich, wie die Staatsregierung angesichts der enormen Herausforderungen wie Klimawandel oder Borkenkäfer die begehrten Fachkräfte im Freistaat halten oder herlocken wolle. Naturgemäßer Waldumbau sei eine langfristige Aufgabe, für die es hoch qualifiziertes Personal brauche, das nur durch lukrative Bezahlung und gute Arbeitsverhältnisse zu gewinnen sei.

## Bedrohung ist vielfältig

Volkmar Winkler, SPD, wies auf das Waldsterben hin. Man verzeichne teilweise einen Landschaftswandel, da ganze Wälder verloren gingen. Über 285 000 Hektar Kahlfelder bedrohten nicht nur die Holzproduktion, sondern auch die Kohlenstoffbindung, die Trinkwasserreinigung, die Biodiversität sowie die direkte Erholungsfunktion. Aus dieser Vielzahl von Funktionen resultierten Zielkonflikte, die gelöst werden müssten, besonders zwischen Schutz- und Nutzfunktion.

Im Kern spreche man über Probleme von Reinkulturen, betonte Wolfram Günther, Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (BÜNDNISGRÜNE). Waldsysteme ohne Vielfalt seien sehr stör anfällig. Seit Jahren werde daher der Waldumbau mit Mischbaumarten betrieben. Hier müsse man noch konsequenter vorgehen und den Wald zudem als Gesamtökosystem und einen Wert an sich verstehen. Die Holzproduktion sei nur eine wichtige Funktion unter vielen anderen.



36. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dirk Panter und Sabine Friedel // Fotos: S. Floss

Katja Ciesluk

# Wandel auf der Schiene

Regionalbahn- und Fernverkehrsstrecken gewinnen wieder an Bedeutung

## SPD: Bundesmittel helfen bei Ausbau

Auf dem Weg zu einem modernen Nah- und Fernverkehrssystem, das Sachsen wirtschaftlich, sozial und ökologisch für die Zukunft aufstellt, seien vor allem drei Aspekte wichtig, so Henning Homann, SPD: Verkehrsträger sollten nicht gegeneinander ausgespielt, sondern miteinander gedacht werden. Der ländliche Raum müsse von den wachsenden Metropolen profitieren. Die benötigte Energie könne nur aus erneuerbaren Energien kommen. Sachsen habe bereits viel geschafft, konstatierte Homann mit Verweis auf das Ende der Kürzungspolitik,

// Die zweite Aktuelle Debatte der 36. Sitzung, beantragt von der SPD-Fraktion, widmete sich dem Thema »Mobilitätswende in Sachsen – Regionalbahn- und Fernverkehrsstrecken ausbauen«. Alle Seiten plädierten dabei für den Ausbau und die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Doch dafür brauche es vor allem genügend Bundesmittel. //

den Ausbau von Plus- und Taktbussen, das Azubi- und das Bildungsticket sowie die Stärkung des Radverkehrs. Nun stünden die Regional- und Fernverkehrsstrecken im Mittelpunkt. Das Strukturstärkungs- und das Investitionsgesetz des Bundes würden an vielen Stellen bei der Finanzierung helfen, um sächsische Bahnstrecken auszubauen und zu elektrifizieren.

## CDU: Hürden für Bundesmittel reduzieren

Andreas Nowak, CDU, erinnerte an die Gründe, die nach 1990 zur Abbestellung vieler Strecken geführt hätten. So habe man in der DDR mindestens zehn Jahre auf ein Auto warten müssen, kaputte Straßen und geringe Höchstgeschwindigkeiten hätten

den Autoverkehr unattraktiv gemacht. Später hätten Abwanderung sowie marode Bahnstrecken Fahrgastzahlen gekostet. Nun diskutiere man infolge wachsender Oberzentren auch über Streckenreaktivierungen, verbunden mit dem Ziel, 80 Prozent der Sachsen an den vertakteten ÖPNV anzuschließen. Dafür brauche es eine nachhaltige Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf die Schiene, eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und die langfristige Sicherung reaktivierter Strecken. Die für den Erhalt von Bundesmitteln geforderte Marge von 1 000 Ein- und Aussteigern je Tag und Strecke müsse korrigiert werden. Sonst werde es schwierig.

// Andreas Nowak

// Tobias Keller

// Nico Brünler

// Gerhard Liebscher

// Henning Homann



## AfD: Basisgutachten lässt viele Fragen offen

Auch aus Sicht seiner Fraktion fänden die Absichten, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen, Zustimmung, betonte Tobias Keller, AfD, zum Auftakt seines Redebeitrags. Nur passiert sei bislang beim schienengebundenen Güterverkehr nichts, beim Schienenpersonenverkehr lasse das nach langem Warten veröffentlichte Basisgutachten der Staatsregierung viele Fragen offen. Der sächsische Verkehrs- und Wirtschaftsminister habe sich offensichtlich bereits auf die weitere Betrachtung von nur sechs Strecken festgelegt, kritisierte Keller sowohl Zahl als auch Auswahl. In der Kostenbetrachtung seien die Reaktivierungskosten bei einigen Strecken nur geschätzt oder gar nicht angegeben. Seine Fraktion warte weiterhin auf eine detaillierte Analyse und konstruktive Kritik des Gutachtens durch das Verkehrsressort.

## DIE LINKE: Kämpfen für Eisenbahnen im ländlichen Raum

Er freue sich, dass im Hohen Hause augenscheinlich Einigkeit darüber bestehe, dass der Bahn mehr Aufmerksamkeit gebühre, hob Nico Brünler, DIE LINKE, an. Die Abbestellung von 47 Strecken sei keine Zwangsläufigkeit, sondern eine bewusste Entscheidung gewesen. Der Handlungsdruck habe sich über Jahre aufgebaut. Noch im März 2021 hätten alle anderen Fraktionen den Antrag der LINKEN, Schienenstrecken zu reaktivieren, unisono abgelehnt, obwohl Kommunen, Bürger und die Wirtschaft zum

Teil schon seit Jahren darauf drängten. Gleichwohl wisse man, dass nicht jede Strecke sinnvoll reaktivierbar sei. Doch Bahnverbindungen seien Lebensadern und gut angebundene Bahnhöfe Standortfaktoren. Darum kämpfe man seit Jahren für die Eisenbahn im ländlichen Raum. Außerdem sei eine Reihe potenzieller Strecken gar nicht erst angeschaut worden.

## BÜNDNISGRÜNE: Schienenverkehr muss umweltfreundlicher werden

Es brauche einfach ein gutes Angebot, damit die Menschen vom Auto in den Bus oder in die Bahn umsteigen, so Gerhard Liebscher, BÜNDNISGRÜNE. Ein dicht ausgebautes Schienennetz sei ein wichtiges Qualitätskriterium für attraktiven Zugverkehr auch im ländlichen Raum. Dafür habe man zusätzliche 7 Millionen Euro für die Streckenreaktivierung in den Haushalt 2021/22 eingestellt. Auch ehemalige Bahnlinien mit geringerem Potenzial sollten zügig weiter untersucht werden. Investitionen in die Schiene seien Investitionen in die Regionen. Zudem müsse der Bereich auch in

// Gerald Otto, Rico Anton und Wolf-Dietrich Rost // Fotos: S. Floss



»Wir werden dafür kämpfen, dass wir mehr Regionalisierungsmittel bekommen.«

36. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Martin Dulig

Sachsen endlich umweltfreundlicher werden. Nach wie vor rangiere der Freistaat beim Elektrifizierungsgrad seiner Schienenwege sehr weit hinten im bundesdeutschen Vergleich. Investitionen in die Schiene seien deshalb auch Investitionen in Wohlstand und Klimaschutz.

## Staatsregierung: Schienenverkehr ist ein Schwerpunkt

Mit der Mobilitätswende wolle man ein Angebot schaffen, damit Menschen Alternativen hätten, betonte Martin Dulig

(SPD), Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Der Schienenverkehr sei ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit im Verkehrsbereich. Vor einer Woche habe man eine wichtige Absichtserklärung mit dem Bundesverkehrsminister unterzeichnet, da aus den Bundesmitteln für den Strukturwandel nicht alle wichtigen Verkehrsprojekte finanziert werden könnten. Bei den Investitionsbedarfen rede man von zweistelligen Millionenbeträgen, weshalb Prioritäten gesetzt werden müssten. Sein Haus habe deshalb ein Gutachten mit 21 infrage kommenden Strecken erarbeiten lassen, das die zu erwartenden Betriebskosten, das Nachfragepotenzial und die Kosten für die infrastrukturelle Ertüchtigung darlege. Generell sei der Freistaat aber weder beim Fernverkehr noch beim Schienenpersonennahverkehr Aufgabenträger.

## BERICHTIGUNG

Im Landtagskurier 4/21 auf Seite 8 wurde Kultusminister Christian Piwarz falsch wiedergegeben. Der Freistaat Sachsen unterstützt die jüdischen Gemeinden jährlich mit über einer Million Euro und nicht wie berichtet mit 30 Millionen Euro. Dieser Betrag ergibt sich aus den bisher insgesamt geleisteten Zahlungen.



// Dr. Stephan Meyer, Frank Peschel, Nico Brünler, Dr. Daniel Gerber, Sabine Friedel //  
Fotos: O. Killig

Katja Ciesluk

# Potenziale der künstlichen Intelligenz

Chancen sollen ergriffen werden, ohne Risiken aus dem Blick zu verlieren

// In der ersten Aktuellen Debatte der 37. Sitzung des Sächsischen Landtags am 30. September 2021 befasste sich das Plenum mit einem Antrag der CDU-Fraktion zum Thema: »Künstliche Intelligenz – Sachsens Potenzial für eine erfolgreiche Zukunft nutzen.« Die Staatsregierung hatte dazu im September 2021 eine KI-Strategie vorgelegt. //

## Umfassende Strategie liegt vor

Sachsen besitze mit vielen mittelständischen Betrieben und Konzernen ein großes Potenzial, eröffnete Dr. Stephan Meyer, CDU, die Debatte. Der Freistaat habe mit Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft eine Strategie zur künstlichen Intelligenz (KI) entwickelt. Man wolle im internationalen Kontext vorn mitspielen und dafür die exzellente Forschungslandschaft nutzen. Künstliche Intelligenz müsse stets dem Menschen dienen, zugleich aber verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

Frank Peschel, AfD, stimmte Meyer hinsichtlich Chancen und Bedeutungszuwachs zu. Dafür brauche es leistungsfähige Dateninfrastruktursysteme. Wenn er sehe, wie sich die Staatsregierung bei der Kofinanzierung des Graue-Flecken-Programms (Bundesprogramm zum Breitband-Ausbau) anstelle, habe er da Zweifel. Seine Partei nehme die KI-Strategie wohlwollend zur Kenntnis, vermisste jedoch Konkretes. Mit Bürokratie müsse sich der Staat zurückhalten, dafür Prognosen zum Stromverbrauch vorlegen.

## Verantwortungsvolle Nutzung

Als längst überfällig bezeichnete Nico Brünler, DIE LINKE, die nun vorgelegte Strategie. Seine Fraktion begrüße, dass darin das Thema KI an Schulen gesonderte Aufmerksamkeit finde, denn sie sei als Unterrichtsmethode wie -gegenstand wichtig. Derzeit warte man auf die Testergebnisse eines Pilotprojektes, das Sachsen mit Mecklenburg-Vorpommern dazu durchgeführt habe. Lernplattformen sollten immer einem pädagogischen Konzept, nicht programmierten Algorithmen folgen.

Er freue sich, dass sich Sachsen mit der KI-Strategie vorgenommen habe, einer der

führenden deutschen Forschungs- und Innovationsstandorte zu werden und so seine Bedeutung als Software- und Halbleiterstandort weiter auszubauen, betonte Dr. Daniel Gerber, BÜNDNISGRÜNE. Aber KI habe auch Schattenseiten, z.B. Diskriminierungen. Entscheidend sei die verantwortungsvolle Nutzung, was durch Transparenz in der Entwicklung, Open-Source-Software und Open Data begünstigt werde.

## Sachsen als führender KI-Standort

Sabine Friedel, SPD, zeigte sich überzeugt, dass Risiken mit einer vernünftigen Regulierung, um die sich der Staat kümmern müsse, recht gut in den Griff zu bekommen seien. Anschließend hob sie die Chancen der KI hervor. Sie könne den Arbeitstag weiter verkürzen und z.B. mehr Zeit für die Arbeit von Menschen mit Menschen in der Bildung, Pflege oder Gesundheitsversorgung gewinnen. Arbeitszeit- und Produktivitätsgewinne sollten in neue Lebensqualität gesteckt werden.

Bis 2025 solle Sachsen ein führender Forschungs- und Innovationsstandort für KI werden, so Oliver Schenk, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien. Der Freistaat habe gute Erfahrungen darin, neue Technologien anzusiedeln, so Schenk mit Blick auf Krebsforschung, Cyberabwehr und Mikroelektronik. Man brauche gut ausgebildete Fachkräfte und müsse die Menschen mitnehmen, um Ängste abzubauen.



# Linksextremistische Gewalt und Versammlungsfreiheit

Landtag debattiert über Ausschreitungen bei Leipziger Demonstration

## Machtdemonstration und Gewalt

Am 18. September sei es in Leipzig zu einer martialischen Machtdemonstration der linksextremistischen Szene Deutschlands gekommen, leitete Sebastian Wippel, AfD, ein. Dabei habe es massivste Straftaten gegeben. Eine solche Demonstration zu veranstalten, sei für jeden würdigen Demokraten ein Unding. Zudem habe die Stadt Leipzig im Hinblick auf die Demonstration nicht nur versagt, sondern das Ganze regelrecht unterstützt. Die Polizei habe über zu wenige Kräfte verfügt.

Laut Rico Anton, CDU, sei es den Demonstranten nur darum gegangen, den Staat einmal mehr infrage zu stellen, die Zivilgesellschaft einzuschüchtern und am Ende des Tages pure Gewalt auszuüben. Die Teilnehmer hätten sich mit Mitgliedern eines linksextremistischen Netzwerks solidarisiert, dem gegenwärtig der Prozess gemacht werde. An die Fraktion DIE LINKE gewandt, sagte er, es sei absurd, eine solche Demonstration durchzuführen. Dem müsse künftig Einhalt geboten werden.

## Versammlungsfreiheit nicht missbrauchen

Dem entgegnete Kerstin Köditz, DIE LINKE, über die Ereignisse in Leipzig sei in den Medien ausführlich und kritisch berichtet worden, der Innenausschuss habe sich damit befasst, der Erkenntnisgewinn der Debatte sei daher gering. Die allermeisten Demonstrierenden seien friedlich gewesen und hätten weder zu Gewalt aufgerufen noch sich daran beteiligt. Immer gehe es nur um billige Schuldzuweisungen. Auch das Kampagnenbündnis habe sich äußerst kritisch zu den Vorfällen geäußert.

Die Versammlungsfreiheit sei ein hohes Gut, schütze jedoch niemals Gewalt, so Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Wer in und aus Versammlungen heraus Gewalt ausübe oder das Leben von Menschen bedrohe, sei kein politischer Aktivist, sondern ein Straftäter. Indes habe die Polizei mit ihrer Einsatztaktik dazu beigetragen, größere Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwenden. Kursierende Vorwürfe der Behinderung von Medienvertretern müssten allerding aufgeklärt werden.

## Eine wehrhafte Demokratie

Der Verfassungsschutz habe im Vorfeld der Versammlung eingeschätzt, dass es sich um eine friedliche Demonstration handeln würde, entsprechend konnte diese stattfinden, so Albrecht Pallas, SPD. Tatsächlich sei der übergroße Teil der Teilnehmer friedlich geblieben, wobei eine gewaltbereite Gruppe von bis zu 1000 Menschen die Eskalation gesucht habe. In Abwägung möglicher Gefahren hätten sich die Verantwortlichen nicht für eine Auflösung der Versammlung entschieden.

Der Staat, stellte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner (CDU) klar, habe die Aufgabe, die Durchführung von Demonstrationen zu gewährleisten. Dieser Aufgabe seien die Polizistinnen und Polizisten in Leipzig nachgekommen. Die Radikalisierung im linksextremistischen Milieu nehme indes weiter zu, das zeigten solche Ereignisse deutlich. Vor allem bereite ihm die wachsende Gewaltbereitschaft Sorge. Man sei eine rechtsstaatliche und wehrhafte Demokratie, von Extremisten begangene Straftaten würden mit Nachdruck verfolgt.

37. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sebastian Wippel // Foto: O. Killig

// Die zweite Aktuelle Debatte am 30. September 2021 hatte die AfD-Fraktion zum Thema »Ein Sargnagel für die Demokratie? – Konsequenzen aus der linksextremistischen Versammlung in Leipzig ziehen« beantragt. Anlass zu dieser lebhaften Debatte bot eine Demonstration in Leipzig am 18. September 2021, bei der es zu Gewaltausbrüchen gekommen war. //





Fotos: O. Killig

37. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Thomas Schubert

# Über den Umgang mit Menschen

Diskussion über die Aufnahme von Ortskräften aus Afghanistan

// Die Fraktion DIE LINKE hatte als dritte Aktuelle Debatte der 37. Sitzung des Landtags das Thema »Sichere Zuflucht für Menschen aus Afghanistan auch in Sachsen: Landesaufnahmeprogramm auflegen. Außenpolitisches Versagen nicht auf dem Rücken der Menschen vor Ort austragen!« auf die Tagesordnung gesetzt. Die Hintergründe waren das Ende des NATO-Einsatzes in Afghanistan und die Evakuierungen aus dem Land. //

Es sei ein Armutszeugnis, so Petra Čagalj Sejdi, BÜNDNISGRÜNE, wenn die Bundesregierung und die Europäische Union gesonderte Aufnahmeprogramme für die betroffenen Menschen aus Afghanistan ablehnten. 20 Jahre lang hätten Afghaninnen und Afghanen den Bundeswehreininsatz oder den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im Land unterstützt. Nun schwebten all diese Menschen in Lebensgefahr. Man trage in Deutschland für sie eine Verantwortung.



// Juliane Nagel

DIE LINKE widme sich einmal mehr mit viel Aktionismus einem asylpolitischen Thema, bemerkte Rico Anton, CDU, einleitend. Die Aufnahme von Ortskräften und besonders gefährdeten Gruppen aus Afghanistan falle eindeutig in die Zuständigkeit des Bundesaußenministeriums. Dort bemühe man sich weiter, diejenigen, die bis jetzt nicht evakuiert werden konnten, noch nach Deutschland zu holen. Die Aufnahme sei zwischen den Ländern ganz klar geregelt.

## Evakuierung und Abschiebestopp

Die Bilanz des Einsatzes in Afghanistan sei bitter, bemerkte Albrecht Pallas, SPD. Zwar habe die Bundeswehr mehr als 5300 deutsche Staatsangehörige, andere Ausländer und afghanische Ortskräfte aus Kabul ausfliegen können. Doch das Ende der Luftbrücke dürfe nicht das Ende der Bemühungen bedeuten, weiterhin gefährdete Menschen in Sicherheit zu bringen. Der verhängte Abschiebestopp nach Afghanistan sei in der aktuellen Situation für seine Fraktion selbstverständlich.

## Menschen helfen

In Afghanistan, so Juliane Nagel, DIE LINKE, breche sich seit Mitte August eine grausame Realität Bahn: Es geschehe der Einstieg in ein islamistisches Kalifat unter Führung der Taliban. Abschiebungen aus Sachsen nach Afghanistan seien daher schändlich. Zudem habe Deutschland die Pflicht, den zahlreichen Menschen zu helfen, die in den letzten Jahren damit befasst gewesen seien, demokratische und den Menschenrechten verpflichtete Strukturen in Afghanistan aufzubauen.

## Versagen und Verantwortung

Das außenpolitische Versagen dürfe nicht auf dem Rücken der Bürger ausgetragen werden, so Alexander Wiesner, AfD. Den Abgeordneten der LINKEN gehe es nicht um die eigenen Menschen, sie sorgten sich lieber um die Leute aus der ganzen Welt. Ansonsten handle die Debatte die Außenpolitik, weshalb sie in den Bundestag gehöre. Die internationale Gemeinschaft habe in Afghanistan einen Scherbenhaufen hinterlassen, die Bürger hätten genug von dem Schwindel.

Die Staatsregierung sei über die humanitäre Situation in Afghanistan besorgt, sagte Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU. Aus diesem Grund habe die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern über die rasche Evakuierung beraten. Deutschland komme somit seinen humanitären Verpflichtungen umfassend nach. Ein Landesaufnahmeprogramm sei indes ein falsches Signal.

# Petitionsbericht 2020 vorgestellt

Zahlreiche Petitionen zu den Corona-Maßnahmen

Redaktion

Zur 36. Plenarsitzung unterrichtete der Petitionsausschuss den Landtag über das Petitions-wesen im Jahr 2020. Danach gingen beim Ausschuss insgesamt 592 Petitionen ein, das sind 138 mehr als im Vorjahr. Simone Lang, SPD, die Vorsitzende des Petitionsausschusses, führte die Zunahme unter anderem auf die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen und Einschränkungen zurück. Darüber hinaus spielten die Themen Straßenbau, Schulen und Kitas sowie Fragen des Naturschutzes eine Rolle.

## Petitionen mit den meisten Unterstützern

Die Petition mit den meisten Unterschriften (14750) trägt den Titel »Freie Schulen – Gleiche Schulen«. Hierbei forderten die Petenten die dauerhafte Gewährleistung verfassungsmäßiger Gleichrangigkeit freier und staatlicher Schulen bei der Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrages. Die Petition »Corona-Krise/Schließung der Amateursportvereine« erhielt 8359 Unterschriften. Zentrales Ziel der Petition war die Unterstützung kleiner

Vereine zur Förderung des Kindersports. Den dritten Platz belegt die Petition »Lehramtsprüfungsverordnung«. Sie ging mit 6305 Unterschriften ein.

## Regionen mit dem höchsten Aufkommen

Wie bereits im vergangenen Berichtsjahr, kamen die meisten Petitionen aus der Landeshauptstadt Dresden. Hier wurden 194 Petitionen eingereicht. Deutlich weniger Petitionen kamen aus Leipzig (50) und Chemnitz (15).

ZUM NACHLESEN

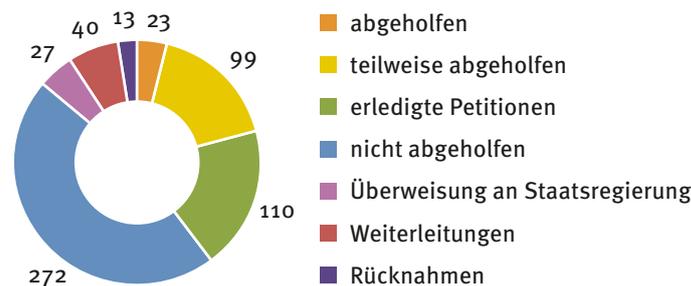
Details und Begründungen finden Sie im Bericht 2020:



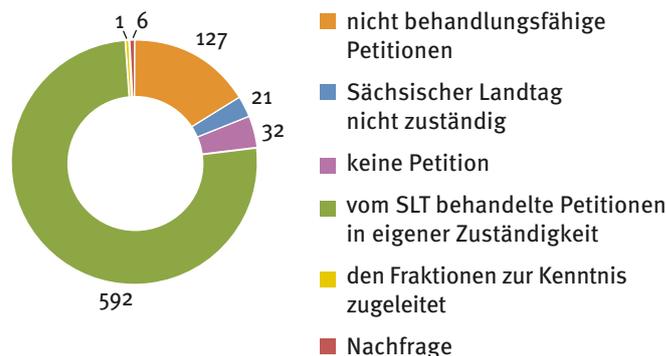
## Corona als großes Thema

Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 97 Petitionen ein, die das Thema Corona betrafen. Die meisten Anliegen (35 Zuschriften) kamen von Gewerbetreibenden, Künstlern und Selbstständigen, die aufgrund der coronabedingten Einschränkungen finanzielle Verluste und existenzielle Sorgen trugen. Da die Federführung für die Petitionen in Bezug auf Covid-19 vorwiegend dem Sozialministerium oblag, waren diesem Fachbereich die meisten Anliegen (181 Petitionen) zugeordnet.

## Gefasste Beschlüsse 2020



## Behandlung der insgesamt eingegangenen Schreiben



## Ergebnisse der Petitionen

Im Berichtszeitraum konnten 473 Petitionen abgeschlossen werden. Mit Blick auf alle im vergangenen Jahr abgeschlossenen Petitionen, unabhängig vom Einreichungszeitpunkt, konnte im Jahr 2020 23 Anliegen abgeholfen und 99 Anliegen teilweise abgeholfen werden. 110 Petitionen wurden für erledigt erklärt, weitere 27 Petitionen an die Staatsregierung überwiesen. Damit entstand bei rund 44 Prozent der Anliegen ein positiver Abschluss. In 272 Fällen konnte dem Anliegen der Petenten nicht abgeholfen werden, hier sprachen also zwingende Gründe rechtlicher oder tatsächlicher Natur den Forderungen der Petenten entgegen.



PARLAMENT

// Seit fast 30 Jahren pflegen der Sächsische Landtag und der Landtag von Niederösterreich eine enge Partnerschaft. Durch die Corona-Pandemie zu einer Pause gezwungen, konnte nun vom 16. bis 19. September 2021 eine Delegation um Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler ihre niederösterreichischen Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen besuchen. //

// Landtag Niederösterreich // Foto: NÖ Landtagsdirektion

*Elenor Winona Jung*

# Delegationsreise nach Niederösterreich

Landtagsabgeordnete zu Besuch im flächengrößten Bundesland Österreichs

## Folgen von Corona

Zu Beginn des Besuchs trafen die Delegierten im Niederösterreichischen Landtag in St. Pölten unter anderem den dortigen Landtagspräsidenten Karl Wilfing sowie den Zweiten Präsidenten Gerhard Karner. Die Sachsen und Niederösterreicher tauschten sich in der Landeshauptstadt über diverse Strategien zur Bewältigung der Coronakrise aus. Dr. Matthias Rößler empfand es

als sehr spannend zu erfahren, wie die Kolleginnen und Kollegen aus Niederösterreich die Probleme lösten, die mit der Corona-Pandemie einhergingen.

## Energiewende, Pandemie und Digitalisierung

Eine weitere Diskussion startete beim Besuch des Kernkraftwerks Zwentendorf, das in den 1970er-Jahren errichtet, jedoch

aufgrund des Ergebnisses einer Volksabstimmung im Jahr 1978 nie in Betrieb genommen wurde. Weil sich eine knappe Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger damals gegen die Nutzung des Kraftwerks aussprachen, dient der Bau heute einerseits als Veranstaltungsort für Konzerte, andererseits aber auch als Ort für Rettungsübungen. Im Hinblick auf dringende Fragen der stabilen Energieversorgung sowie der Akzeptanzgewinnung in

der Bevölkerung für den Ausbau erneuerbarer Energien berieten die Teilnehmer beider Länder Lösungsansätze.

Bei einem Treffen mit dem Präsidenten des Österreichischen Gemeindebunds Alfred Riedl und dem Generalsekretär Dr. Walter Leiss diskutierten die Abgeordneten nochmals über Lösungsmöglichkeiten in der Bekämpfung der Coronakrise, aber auch über finanzielle Folgen und die Kommunikation in der Pandemie. »Die entstandenen finanziellen Fragestellungen für beide Länder sind sehr ähnlich, sodass beide Seiten von den jeweiligen Erfahrungen lernen können«, fasste Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler das Gespräch zusammen. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der kommunalen Perspektive. Zudem boten den Delegierten die Digitalisierungsstrategie und der Breitbandausbau des Landes Niederösterreich weiteren Diskussionsstoff.

// Delegationsmitglieder aus Niederösterreich und Sachsen // Foto: NLK Pfeiffer





Foto: S. Floss

Janina Wackernagel

# Verbindende Zukunft

Treffen der Europaausschüsse aus Tschechien und Sachsen

Im historischen Stucksaal des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts in Bautzen (Ortenburg) begrüßte Gerichtspräsidentin Susanne Dahlke-Piel die Gäste und verwies zugleich auf die an der Decke verewigten, tiefen kulturellen Wurzeln der sächsisch-böhmischen Verbindungen. Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler betonte anschließend, wie wichtig ein enges Miteinander beider Regionen sei. Dies habe nicht zuletzt die Pandemie deutlich gemacht.

Der Vorsitzende des Europaausschusses des tschechischen Senats, Dr. Mikuláš Bek, erklärte, dies sei die erste Auslandsreise seines Gremiums. Das sei auch der Erkenntnis geschuldet, dass der Weg nach Berlin über Dresden und München führe. Er stellte fest, dass der Freistaat Sachsen das Bundesland mit den meisten Ähnlichkeiten zur Tschechischen Republik sei. Insbesondere mit Blick auf den anstehenden Strukturwandel und seine wirt-

// Am 1. Oktober 2021 trafen sich die Europaausschüsse des Sächsischen Landtags und des Senats der Tschechischen Republik. Nach ersten virtuellen Treffen im Frühjahr gab es nun ein persönliches Kennenlernen in Bautzen. //

schaftlichen und sozialen Folgen wolle man Erfahrungen miteinander teilen. Der sächsische Ausschussvorsitzende Marko Schiemann hob hervor, dass die Transition in der sächsischen und tschechischen Peripherie so gestaltet werden müsse, dass die Menschen in diesen Regionen Zukunftschancen hätten. Die Frage nach Ersatzarbeitsplätzen sei beiderseits der Grenze zentral.

Im anschließenden Gespräch beider Ausschüsse ging es dann um Fragen von Strukturmitteln wie den europäischen Just Transition Fund, um Konzepte für die Energiewende und den Anstoß gemeinsamer Projekte, insbesondere im Forschungsbereich.

Es folgten weitere Programmpunkte: Nach einem Kurzbesuch im Sorbischen Museum reisten die Abgeordneten weiter ins Kraftwerk Boxberg. In intensiven

Gesprächen mit der Kraftwerksleitung wurde deutlich, wie wichtig der persönliche grenzüberschreitende Kontakt ist. Die europäische Klimapolitik rund um Vorhaben wie den Green Deal und Fit for 55 muss letztlich in den Regionen umgesetzt werden – abgestimmte Vorhaben und ein beständiger Austausch sind dabei essenziell.

// Besuch des Kraftwerks Boxberg // Foto: Landtag



# LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Umsetzung der Ausbildungs-offensive an der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum, 7/6655   Staatsregierung	Mit dem Gesetzentwurf ist geplant, den Studiengang Digitale Verwaltung nach seiner Einführung im Jahr 2020 dauerhaft einzurichten und die Organisationsstruktur anzupassen.	Öffentliche Anhörung durch den Ausschuss für Inneres und Sport am 16. September 2021
Drittes Gesetz zur Änderung des Landesblindengeldgesetzes, 7/7630   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Zur Unterstützung der Betroffenen werden das Blindengeld sowie die Nachteilsausgleiche erhöht.	Überweisung an den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ffd.) sowie den Haushalts- und Finanzausschuss am 13. September 2021
Gesetz über die soziale Wohnraumförderung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Wohnraumförderungsgesetz – SächsWoFG), 7/7684   AfD	Das Wohnraumförderungsgesetz und Wohnungsbindungsgesetz des Bundes sollen durch eine landesrechtliche Regelung ersetzt werden.	1. Beratung am 30. September 2021 sowie Überweisung an den Ausschuss für Regionalentwicklung (ffd.), den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Gesetz zur Bestätigung des Grundsteuermesszahlengesetzes und zur redaktionellen Anpassung des Gesetzes zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr, 7/7820   CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Aufgrund eines zwischenzeitlichen Bundesgesetzes zur Grundsteuer ist es erforderlich, den vom sächsischen Gesetzgeber bereits beschlossenen Rechtszustand wiederherzustellen.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss (ffd.) sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 4. Oktober 2021

## ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

TITEL   EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Gesetz zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes für den Freistaat Sachsen, 7/4895   DIE LINKE	Der Freistaat Sachsen sollte sich per Gesetz transparent und verbindlich zu festgelegten Zielen beim Klimaschutz verpflichten.	abgelehnt
Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 im Freistaat Sachsen, 7/6667   Staatsregierung	Im Jahr 2022 wird in Deutschland eine groß angelegte statistische Erhebung, der Zensus, durchgeführt. Das Gesetz regelt notwendige Vorgaben auf Landes- und Kommunalebene.	angenommen
Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen, 7/6704   AfD	Der Gesetzentwurf sah vor, den Bau von Windenergieanlagen in sächsischen Wäldern zu verbieten.	abgelehnt
Gesetz zur Änderung der Sächsischen Bauordnung, 7/6705   AfD	Der Gesetzentwurf beabsichtigte, den Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnbebauungen in Sachsen auf 1000 Meter festzuschreiben.	abgelehnt
Sächsisches Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs (Sächsisches Landarztgesetz – SächsLAG), 7/1941   AfD	Durch eine Vorabquote sollten Bewerber einen Medizinstudienplatz erhalten, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss für eine bestimmte Zeit in Regionen mit besonderem Bedarf zu arbeiten.	abgelehnt
Gesetz zur Stärkung der ärztlichen Versorgung und der verfassten Studentenschaft im Freistaat Sachsen, 7/6673   Staatsregierung	Zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum wird eine Landarztquote für Humanmedizin in Sachsen eingeführt. Zudem wird die Einführung eines sachsenweit gültigen Semestertickets gefördert.	angenommen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 5. Oktober 2021 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht, beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind angenommene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

# Nationalfeiertag im Sächsischen Landtag



Foto: T. Schlorke

// Am 3. Oktober 2021 ging es im Sächsischen Landtag hoch her. Zunächst erinnerte das Parlament in einer Feierstunde an die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit. Der Festakt stand diesmal im Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft. Danach öffneten sich die Türen des Landtagsgebäudes zum Tag der offenen Tür, zu dem zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit nutzten, einmal hinter die Kulissen ihres Landesparlaments zu blicken. //



// Musik von Mitgliedern des Landesjugendorchesters Sachsen

*Dr. Thomas Schubert*

# »Wir brauchen ein starkes,

Feierstunde zum 31. Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 in Dresden

Gerade einmal eine Woche war seit der Bundestagswahl vergangen, weshalb Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler zunächst die ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 in Erinnerung rief. Mit diesen habe die parlamentarische Demokratie nach Jahrzehnten der DDR-Diktatur ihren Durchbruch erlebt. »Es war der Beginn von etwas ganz Großem, unsere Chance zum Glück. Daran sollten wir uns nicht nur an unserem Nationalfeiertag immer wieder erinnern.« Dass

// Wolfram Günther



// Seit 1991 richtet der Sächsische Landtag am Tag der Deutschen Einheit einen Festakt aus. Stand im vergangenen Jahr die Wiedergründung Sachsens im Mittelpunkt, so ging es diesmal um Europa und das deutsch-französische Verhältnis. Festredner war der frühere Premierminister der Republik Frankreich, Jean-Marc Ayrault. //

man heute in Sachsen Parlamente frei wählen könne, das habe man den Frauen und Männern der Friedlichen Revolution 1989 zu verdanken. Machtwechsel verliefen friedlich, parlamentarische Mehrheiten verschoben sich aufgrund des Wählervotums – das sei die mühsam errungene Zivilisiertheit der Demokratie.

## Zivilisiertheit der Demokratie

Der Wahlspruch »Liberté, égalité, fraternité« stehe für den Umbruch, den die Französische Revolution 1789 einst dem europäischen Kontinent gebracht habe. »Wir sind das Volk« sei der Ruf der Demonstranten

200 Jahre später gewesen, gefolgt vom Ruf nach »Einigkeit und Recht und Freiheit«. »Unsere geglückte Revolution brachte erneut eine europäische Zeitenwende. Der Eiserne Vorhang in Europa fiel, der geteilte Himmel klarte auf, die Menschen in Ost und West fanden in Freiheit zueinander.« Ein wichtiges Resultat sei neben dem vereinten Europa auch die deutsch-französische Freundschaft, die nach 1990 neuen Schwung bekam – auch und besonders im Freistaat Sachsen.

## Freiheiten und Chancen

Wolfram Günther, stellvertretender Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, betonte, dass



// Dr. Matthias Rößler

es 1989 neben der Freiheit auch um Chancen auf freie Studien- und Berufswahl, eine saubere Umwelt oder einen höheren Lebensstandard gegangen sei. Die Erfahrungen der Friedlichen Revolution böten für ihn eine Kraft- und Motivationsquelle. Die errungene Demokratie sei jedoch keine Selbstverständlichkeit. Vielmehr müsse sie täglich gelebt und eingefordert werden. Noch immer gebe es eine ungleiche Chancenverteilung zwischen den Ge-



// Festredner Jean-Marc Ayrault // Fotos: T. Schlorke

# geschlossenes Europa!«



Die Reden der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit erscheinen als Heft 74 im Rahmen der FESTAKT-Reihe für Sie zum Nachlesen.

schlechtern, man tue sich schwer, Bildungschancen gerecht zu gestalten. Es komme hinzu, dass künftige Generationen ihrer Chancen und Freiheiten beraubt würden. Nicht umsonst demonstrierten junge Menschen weltweit für mehr Klimaschutz. Um die ökologischen, sozialen und ökonomischen Aufgaben bewältigen zu können, bedürfe es einer starken Zivilgesellschaft, eines handlungsfähigen Staates und einer innovativen Wirtschaft.

## Sachsen im Herzen Europas

Die Festrede zum 3. Oktober hielt in diesem Jahr Jean-Marc Ayrault. Geboren 1950 in Maulévrier, war er von 2012 bis 2014 Premierminister der Französischen Republik sowie von 2016 bis 2017 französischer Außenminister. Zuvor wirkte Ayrault u. a. als Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, saß hier von 1997 bis 2012 der Parti Socialiste

vor. Es sei ihm ein Vergnügen, an diesem 3. Oktober in Sachsen zu sein, hob Jean-Marc Ayrault an, um dann begeistert von einer privaten Reise durch Sachsen und Thüringen zu berichten, die er 2015 gemeinsam mit seiner Frau unternommen habe. Der kulturelle Reichtum in Sachsen sei immens, besonders berührt habe ihn jedoch die »Fähigkeit Dresdens, seine tragische Geschichte, bestehend aus Asche und Zerstörung, hinter sich zu lassen und den Blick auf die Zukunft und die Innovation zu richten«.

## Zusammenarbeit für ein starkes Europa

Seit Jahrhunderten sei Sachsen zudem Dreh- und Angelpunkt für den europäischen Handel. Auch heute besitze es eine strategische Lage im Herzen Europas, verfüge etwa mit »Silicon Saxony« über ein weltweit führendes Kompetenzzentrum, so der Festredner. Es sei daher richtig, die gute Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Frankreich bei der Spitzenforschung und der Entwicklung neuer Technologien zu vertiefen.

Schließlich sei doch Europas Eigenständigkeit in jenen Bereichen das gemeinsame Interesse. Auch die deutsch-französische Zusammenarbeit entfalte erst vor dem Hintergrund Europas ihre ganze Tragweite.

Europas Stärke liege nicht in der Abschottung, sondern im Miteinander. Jedoch stehe es heute an einem Wendepunkt. Europa müsse Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit wahren. »Denn nur so können wir den Multilateralismus erhalten, Sicherheit garantieren und die Kooperation mit den Partnern in der Welt aufrechterhalten«. Europa brauche ferner eine eigenständige Stimme in der Welt, müsse handlungsfähig sein. Das alles sei jedoch eine Gemeinschaftsaufgabe, eine gemeinsame Pflicht, bekannte Ayrault. Man dürfe sich nicht spalten lassen, so laute die Botschaft der deutschen Einheit. Für Europa gelte dasselbe. »Wir brauchen ein starkes, geschlossenes Europa!«





Wer etwas über die Arbeit des Sächsischen Landtags lernen wollte, konnte sich in der Ausstellung im Bürgerfoyer an Tafeln und interaktiven Displays informieren. Viele Besucherinnen und Besucher beteiligten sich am Landtags-Quiz, um mit etwas Glück einen der Hauptpreise zu gewinnen.

Im Bürgerfoyer präsentierte sich die Stadt Frankenberg – AusrichterIn des Tags der Sachsen 2022 – mit einem Potpourri aus Tanz, Musik, Information und Bastelangeboten gerade für das jüngere Publikum. Unter anderem traten die Tanzgruppen Broken Beat Crew und Dancing Sox auf.



*Anne-Marie Brade*

# ENDLICH WIEDER LANDTAG LIVE

Tag der offenen Tür und Dresdner Stadtfest am 2. und 3. Oktober 2021

Mit von der Partie war auch Fränki, Maskottchen der Stadt Frankenberg, das an den bekannten St.-Aegidien-Turm erinnert. Vor allem kleine Besucherinnen und Besucher konnten ihm immer wieder beim Falten von Papierfliegern oder dem Gestalten einer Wimpelkette begegnen.

// Das Wetter meinte es gut mit den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern am ersten Oktoberwochenende. Und so zog es viele hinaus zum Dresdner Stadtfest, an dem sich der Landtag auch in diesem Jahr wieder direkt hinter den Lichtern der Blaulichtmeile mit Führungen und anderen Angeboten beteiligte. Am Tag der Deutschen Einheit fand das Programm dann mit dem traditionellen Tag der offenen Tür seinen Höhepunkt, der nach einem pandemiebedingten Aussetzen im Vorjahr endlich wieder stattfinden konnte. //

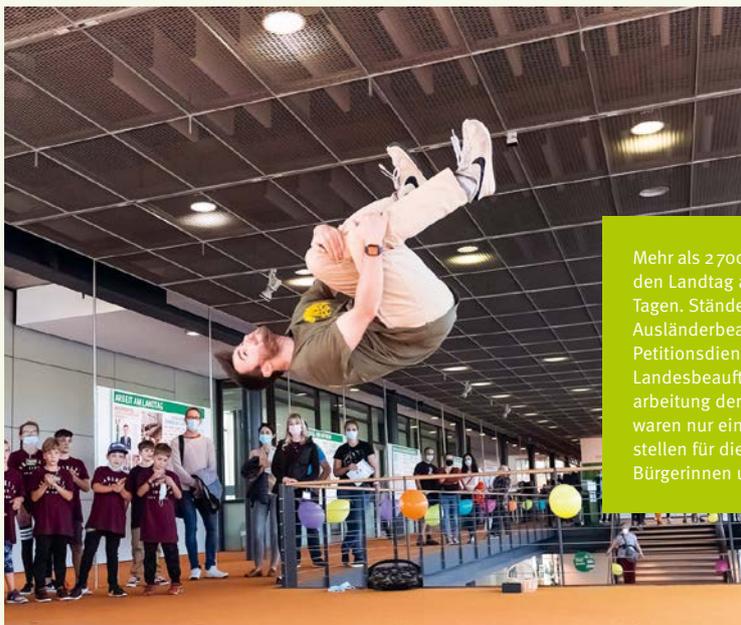


Fotos: M. Rietschel | SLT

Viele Besucherfragen wurden dieses Jahr in großer Runde angesprochen. Es ging um politische Bildung, die Anerkennung der Leistungen in Ehrenämtern, die Arbeit der Abgeordneten und vieles mehr. Fünf Abgeordnete aller Fraktionen standen im Plenarsaal Rede und Antwort.



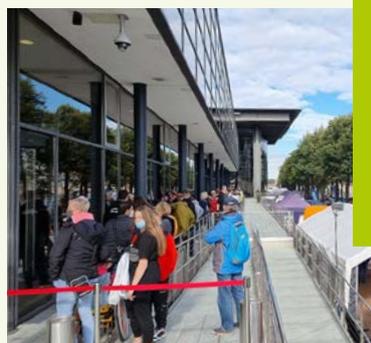
## AKTUELLES



Mehr als 2700 Gäste besuchten den Landtag an den beiden Tagen. Stände des Sächsischen Ausländerbeauftragten, des Petitionsdienstes und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur waren nur einige der Anlaufstellen für die interessierten Bürgerinnen und Bürger.



Viele Gäste, die sich einer Führung anschlossen, hatten Glück und konnten direkt im Saal des Präsidiums oder auch im Amtszimmer des Präsidenten mit Dr. Matthias Röbber persönlich ins Gespräch kommen. Er erläuterte die Arbeit des sächsischen Parlaments aus der Innenperspektive.



Topaktuell und ein absolutes Novum war das Impfangebot, das DRK und Bundeswehr in den Räumen des Landtags machten. Von der positiven Resonanz waren alle überwältigt. Mehr als 600 Sächsinen und Sachsen holten sich ihren Piks ab.



Auf dem Vorplatz des Landtags ging es während des gesamten Wochenendes keinesfalls ruhig zu. Hier bot die Blaulichtmeile viele Krankenwagen, Polizeiautos und Feuerwehrfahrzeuge auf.





// »Wir verstehen uns als Dienstleister – Dienstleister für die Bürger, für die Menschen mit Migrationshintergrund, für Arbeitgeber, die Abgeordneten, die Staatsregierung und die vielen Initiativen und ehrenamtlich Engagierten«, umreißt Geert Mackenroth das Selbstverständnis, dem er sich als Sächsischer Ausländerbeauftragter (SAB) mit seiner kleinen Geschäftsstelle verpflichtet fühlt. Wir haben ihm bei seiner Arbeit über die Schulter blicken dürfen. //

// Geert Mackenroth vor der Dreikönigskirche in Dresden

*Katja Ciesluk*

# Im Parlament kann man

Ein Tag mit Geert Mackenroth, Sächsischer Ausländerbeauftragter

Ein Anruf des damaligen sächsischen Justizministers Thomas de Maizière lockte Mackenroth, den »gelernten Westjuristen«, 2003 von Schleswig-Holstein nach Sachsen. Er tauschte den Präsidentenstuhl am Landgericht Itzehoe gegen einen Staatssekretärsposten im Freistaat. Ein Jahr später folgte er seinem Chef im Amt des Justizministers nach. Seit 2009 sitzt Geert Mackenroth als Abgeordneter im Landtag, wo ihn das Parlament 2014 und 2019 zum Ausländerbeauftragten wählte.

Mackenroth ist stolz darauf, dass er alle drei Staatsgewalten in herausgehobenen Positionen von innen kennenlernen durfte. Das Parlament sei dabei der richtige Ort, um perspektivisch zu denken, langfristige Weichenstellungen zu diskutieren und künftige Herausforderungen

strukturell zu untersetzen. Im Gegensatz dazu schaue man in der Justiz primär nach hinten und befasse sich mit der Aufklärung von Delikten; in der Exekutive gehe es vor allem darum, das Tagesgeschäft und spontane Problematiken zu managen. »Die Legislative ist am interessantesten«, so sein Fazit.

## Gedenkwochenende Hoyerswerda: Erinnerungen – Einsichten – Perspektiven

Mitte September treffen wir uns in Hoyerswerda. Mit einem Gedenkwochenende erinnert die Stadt in der Lausitz an die rassistischen Ausschreitungen vor 30 Jahren. Tagelang währten damals die Angriffe auf Gastarbeiterunterkünfte in der Stadt –

vor den Augen Hunderter Schaulustiger, gar nicht oder viel zu spät eingreifender Polizeikräfte und zahlreicher Medienvertreter, deren Berichterstattung Hoyerswerda auf einen Schlag bundesweit bekannt machte.

»Hoyerswerda 1991: Erinnerungen – Einsichten – Perspektiven« ist das Wochenende überschrieben. Den Auftakt in der Lausitzhalle hat die hiesige Volkshochschule organisiert. Im Fokus stehen neben der Frage, wie man mit dem Gedenken umgeht, vor allem der Blick nach vorne und der Austausch mit weiteren Kommunen, denen bis heute ebenfalls infolge von Ausschreitungen zu Beginn der 1990er-Jahre das Stigma der Ausländerfeindlichkeit anhaftet: Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen.

Neben Geert Mackenroth sind gut einhundert Bürgerinnen

und Bürger gekommen, um die Podiumsdiskussion von Verantwortungsträgern aller vier genannten Städte zu verfolgen. Für Geert Mackenroth gibt es hier gleich zwei Berührungspunkte mit seiner Vita. So sei er selbst als damals frischgebackener Jurist 1992 Augenzeuge des Brandanschlags in Mölln gewesen. Und: »In Sachsen wurde im Zuge der politischen Aufarbeitung der Ausschreitungen in Hoyerswerda das Amt des Ausländerbeauftragten geschaffen«, so Mackenroth.

## Hoffen auf gesetzliche Weiterentwicklung

Die Grundlagen seiner Arbeit sind im SAB-Gesetz geregelt. Mackenroth bedauert, dass das Gesetz bislang nicht wie vorge-

sehen novelliert und das Amt zu einem Integrationsbeauftragten, der sich generell um Minderheitenrechte kümmert, erweitert worden ist. Hoffnung, dies noch unter seiner Ägide zu erleben, hat der 71-Jährige nicht. »Im aktuellen Koalitionsvertrag steht das Thema nicht mehr drin.« Dankbar ist Mackenroth für das Gedenkformat in Hoyerswerda. »Es ist ein steter Prozess, in dem wir alle lernen können, was wir besser machen können.« Dabei ist seit 1991 und vor allem auch nach der Flüchtlingskrise 2015, die ihn in seinem Amt massiv gefordert hatte, viel passiert: »Wir sind heute besser vorbereitet.«

Im Gespräch verweist er auf eine bundesweit einmalige Einbürgerungsstudie seiner Geschäftsstelle zur wissenschaftlichen Begleitung des Migrationsprozesses. Auch mit dem »Heim-TÜV«, der die Qualität der Unterbringung von geduldeten Ausländern und Asylbewerbern



// Grit Sperling bereitet mit Geert Mackenroth die Sitzung der Härtefallkommission vor.

reisepflichtige Ausländer können sich an Mitglieder dieses Gremiums wenden, um doch noch eine Aufenthaltserlaubnis aus dringend humanitären oder persönlichen Gründen erteilt zu bekommen. Das neunköpfige Gremium berät einmal monatlich.

erklärt Mackenroth. Zahlreiche Punkte spielen hierfür eine Rolle: Sprachkenntnisse, soziale Integration, familiäre Situation, strafrechtliche Auffälligkeiten und Aufenthaltsort werden beleuchtet. Vor allem die dauerhafte Sicherung des Lebens-

Regelmäßig würden Einzelschicksale parallel zur Arbeit der Kommission sehr emotional in der Öffentlichkeit und in den Medien diskutiert. Dort komme aber nur eine Seite, nämlich die Sicht der Betroffenen, zur Sprache. »Den Behörden sind aus

# perspektivisch denken

in Sachsen seit 2009 evaluiere, sei man Vorreiter, erzählt Mackenroth und verweist auf die engagierte Arbeit seiner Mitarbeiter. »Wir arbeiten schnell, kompetent und gern auch einmal mit witzigen Ideen, wie bei unserem mehrsprachigen Skatenspiel, das sofort vergriffen war. Integration geht auch spielerisch«, freut sich Mackenroth über den gelungenen Coup.

## Härtefallkommission: »Immer eine Prognose-Entscheidung«

Nicht um den großen Ansturm von Flüchtlingen, sondern um die intensive Auseinandersetzung mit Einzelschicksalen geht es in der Sächsischen Härtefallkommission, der Mackenroth von Amts wegen vorsitzt. Aus-

»Unsere Entscheidung ist dabei immer eine Prognose-Entscheidung, die der grundlegenden Frage folgt: Hat unsere Gesellschaft ein berechtigtes Interesse, dass dieser Mensch hierbleibt?«,

unterhalten sei ein wichtiges Kriterium für eine Befürwortung. Das letzte Wort habe auch bei einem positiven Votum der Kommission der sächsische Innenminister.

// Auftakt zum Gedenkwochenende in der Lausitzhalle Hoyerswerda // Fotos: S. Floss



Aspekten des Datenschutzes oder der Sicherheit die Hände gebunden, ihre Erkenntnisse mit der Öffentlichkeit zu teilen. Wir stehen dann schnell als herzlos da, obwohl es ggf. gewichtige Gründe für ein negatives Votum gibt«, erklärt Mackenroth.

Für Mackenroth, der seit 2009 zudem Landesvorsitzender der Opferschutzvereinigung »Weißer Ring e.V.« ist, bleibt heute wenig Zeit für Privates. Diese nutzt er gern für Reisen oder Kultur, verrät er. Außerdem halten die mittlerweile elf Enkel ihn und seine Frau auf Trab. Dennoch sei er froh, sich 2019 für eine weitere Legislatur entschieden zu haben. »Das hält mich körperlich und geistig fit.«

// Die sächsischen Ministerpräsidenten zur Zeit der Weimarer Republik übten ihr Amt in einer politisch unruhigen Zeit aus. Ihre Biografien und politischen Werdegänge spiegeln die Umbrüche jener Epoche. Der Landtagskurier zeichnet ihr politisches Wirken und ihr Verhältnis zum sächsischen Parlament nach. //



// Alfred Fellisch um 1923 //  
Foto: Privatarchiv Manfred Arthur Fellisch

*Prof. Dr. Mike Schmeitzner*

# Alfred Fellisch – Der Übergangspremier 1923/24

Ministerpräsidenten und Landtag in der Zeit von 1919 bis 1933 (Teil 4)

Es war ein ungewohntes Bild, das sich dem Betrachter im Oktober 1923 bot: Seit der dritten Oktoberwoche hielten Tausende Reichswehrangehörige den Freistaat besetzt. Die linkssozialistische Landesregierung unter Führung Erich Zeigners war von Militärs aus dem Amt befördert worden. Seit dem 29. Oktober amtierte ein aus Berlin berufener Reichskommissar, der sich mehrere sächsische Beamte als Regierungspersonal zur Seite stellte. Der Landtag, in dem SPD und KPD eine Mehrheit hatten, war vorerst ausgeschaltet worden. Um das Reichskommissariat so schnell wie möglich zu beenden, orientierte die Mehrheit der SPD-Landtagsfraktion auf die rasche Wiedereinberufung des Landtags. Ihr ging es um die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten und einer neuen Regierung. Eine Minderheit der SPD-Frak-

tion wollte sich jedoch mit der Absetzung der Regierung Zeigner nicht abfinden. Letztendlich gelang es aber den Spitzen der Fraktion mit Unterstützung von Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (SPD) und des sächsischen Gesandten beim Reich, Georg Gradnauer, den ausgeschalteten Landtag für die zweite Tageshälfte des 30. Oktober einzuberufen.

Was jetzt folgte, war die wohl schwerste und umstrittenste Wahl eines sächsischen Ministerpräsidenten seit der Revolution von 1918/19. Die rechten und linken Flügelparteien des Parlaments, die Deutschnationalen und die Kommunisten, versuchten nämlich mit stundenlangen Obstruktionen die Wahl zu verhindern. Unmittelbar vor der Wahl, die erst in den Morgenstunden des 31. Oktober stattfinden konnte, verließen die meisten Mitglieder der beiden

Fraktionen den Sitzungssaal. Während die Deutschnationalen ankündigten, die Wahl juristisch anfechten zu lassen, klagten die Kommunisten die Sozialdemokraten moralisch an: Die SPD begehe wegen der (längst erzwungenen) Aufgabe der gemeinsamen Zeigner-Regierung den »schamlosesten Verrat [...] an der Arbeiterschaft«. Im Sitzungssaal blieben die Fraktionen von SPD sowie von Links- und Rechtsliberalen zurück. Obwohl Letztere für ihren Kandidaten stimmten, sicherten sie mit ihrer Anwesenheit das Wahlprozedere. Denn laut sächsischer Verfassung mussten zwei Drittel der gewählten Abgeordneten auch dem Wahlakt beiwohnen.

Neuer Ministerpräsident wurde mit 46 Stimmen (bei 71 anwesenden Abgeordneten) Alfred Fellisch von der SPD. Wie die Mehrheit seiner eigenen Fraktion, wollte Fellisch

die Weiterführung des Reichskommissariats und eine mögliche Bürgerblockregierung unbedingt verhindern. Maßgeblich war für ihn auch, das bis dahin in der Regierung Erreichte zu bewahren bzw. auszubauen – vor allem in der Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Aus diesem Grund hatte sich eine Mehrheit der Fraktion bereitgefunden, auf die Linksliberalen zuzugehen.

## Der »geborene« Parlamentarier

Wer aber war der Politiker, der am 31. Oktober 1923 unter derart komplizierten Verhältnissen in die Bresche sprang und sich bereit erklärte, für das höchste sächsische Staatsamt zu kandidieren? Zunächst: Fellisch war gerade im Kreis der Landtagsabgeordneten kein Unbekannter.

Vielmehr betrat mit ihm zum ersten Mal ein Mann die Staatskanzlei, der als »geborener« sächsischer Parlamentarier gelten konnte. Anders als seine Vorgänger Gradnauer und Buck, die dem Reichstag angehörten, und anders als sein unmittelbarer Vorgänger Zeigner, der erst seit 1922 Mitglied des Landtags war, hatte Fellisch bereits seit einer Nachwahl im Frühjahr 1918 der II. Kammer des königlich-sächsischen Landtags angehört. Mit Zeigner verband ihn aber die Generationszugehörigkeit: Fellisch war Jahrgang 1884 und damit fast 20 Jahre jünger als Gradnauer und Buck. Bei Amtsantritt zählte er gerade einmal 39 Jahre.

Trotz seines »jungen« Alters brachte Fellisch eine ganze Reihe von Erfahrungen mit: Der in Schlesien sozialisierte Handschuhmacher war bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Thüringen und dann im Erzgebirge für die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie tätig gewesen, bevor er als »Ziehsohn« Gustav Noskes in Chemnitz Karriere machte. An der Seite des Parteirechten Noske hatte er bei der Chemnitzer SPD-Zeitung »Volksstimme« als Redakteur gearbeitet und war seit 1919 immer wieder in den Landtag gewählt worden. Im Herbst 1919

hatte er sich freilich von Noske gelöst und in Opposition zu ihm – dem Reichswehrminister – eine neue »Chemnitzer Richtung« gegründet, die sich zum einen gegen überzogene Militäreinsätze im Inneren, zum anderen für ein stärkeres Personalrevirement im sächsischen Beamtenkörper und für mehr Schwung bei der Sozialisierung von Teilen der Wirtschaft einsetzte.

## Der Weichensteller

Mit diesen Positionen fungierte Fellisch als Sprecher eines immer stärker an Gewicht gewinnenden linken Flügels der SPD, der die Kooperation mit der noch linker stehenden USPD suchte. In der Fraktion gelang ihm ein rasanter Aufstieg: Er wurde noch 1919 Mitglied des Fraktionsvorstandes und im Frühjahr 1920 galt er bereits als »Königsmacher« beim Ministerpräsidentenwechsel. Ende 1920 hatte er die Mehrheit der Fraktion schon hinter sich versammelt, als es darum ging, eine Regierung aus SPD und USPD mit Tolerierung der KPD durchzusetzen. Im Frühjahr 1921 trat er als Wirtschaftsminister in die neue Regierung ein, nachdem er bereits zuvor den Vorsitz des wichtigen Haushaltsausschusses

übernommen hatte. Auch im neuen Amt blieb Fellisch »Generalist« der Fraktion: Es gab kaum ein Thema, zu dem er nicht wortgewaltig sprechen konnte, vor allem in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Im April 1921 sorgte er mit einer Stegreifrede für eine Sternstunde des Parlaments, als er die rüden antisemitischen Angriffe der deutschnationalen Fraktion scharf zurückwies.

Als Ministerpräsident war ihm unterdessen keine längere Amtsdauer beschieden: Bereits Anfang Januar 1924 endete seine Ministerpräsidentschaft. Er hatte es nicht geschafft, sich eine stabile parlamentarische Mehrheit zu sichern. Den starken linken Flügel der eigenen Fraktion und Partei, dem er ursprünglich selbst angehörte, hatte er mit Ministerkollegen einzubinden versucht, war aber damit am Widerstand der Linkliberalen gescheitert, die auf mittlere Sicht keine SPD-Minderheitsregierung wollten, sondern eine sozialliberale Koalition. Immerhin gelang es seiner Regierung, Eingriffe der Reichswehr nachhaltiger abzuwehren, mit der Gründung der »Aktien-gesellschaft Sächsische Werke« (ASW) die eigenen Staatsbetriebe zukunftstauglicher zu gestalten und mit einer Arbeitgeberabgabe



**Prof. Dr. Mike Schmeitzner**

geboren 1968 in Dresden, studierte an der PH und TU Dresden Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaften. Seit 1998 forscht er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden zum Parlamentarismus im 19. und 20. Jahrhundert, zur Geschichte der SBZ und der frühen DDR sowie besonders zu Sachsen in der Weimarer Republik und unter den nachfolgenden beiden Diktaturen. // Foto: R. Ryter

ein sozialpolitisches Zeichen zu setzen.

Der im Januar 1924 gebildeten Regierung aus SPD und Liberalen gehörte er nicht mehr an, obwohl er die Weichenstellung begrüßte. Er fühlte sich durch die ablehnende Haltung der Landes-SPD gebunden. Da er sich bis zur Neuwahl des Landtags 1926 dennoch fachlich für die neue Regierung engagierte, wurde er von der eigenen Partei bei der Listenneuaufstellung »gecancelt«. So verblieb ihm einzig der Posten eines Amtshauptmanns (Landrat) von Großenhain. Ab 1945 brachte er seine Erfahrung dann noch einmal für die SPD und SED als Landrat, Staatssekretär und Wirtschaftsminister ein. Nach einem dreijährigen Intermezzo als Direktor der Landesbibliothek ging er 1952 in den Ruhestand. Alfred Fellisch starb 1973 in Radebeul bei Dresden.

// Eine Reichswehrkompanie auf dem Weg zum Landtagsgebäude in Dresden 1923 // Foto: ullstein bild / Robert Sennecke



## SERVICE

### »Verfassungslinde« am Elbufer vor Landtag gepflanzt

An der Elbpromenade am Sächsischen Landtag erinnert seit Anfang September eine etwa fünf Meter hohe Linde an die erste sächsische Verfassung vom 4. September 1831. Entstanden unter Mitwirkung des Landtags, reformierte sie das Königreich Sachsen zu einem konstitutionellen Staat. Die Verfassung garantierte für zentrale Bereiche des Rechts Verbindlichkeiten, auf die sich jeder-



mann berufen konnte. Aus diesem historischen Anlass pflanzte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner gemeinsam mit dem Dresdner Verein »Denk Mal Fort!« am 4. September 2021 den Baum. »Die Stadtlinde gilt als hitzeverträglich und frosthart, sie ist also widerstandsfähig gegen Extreme. Damit ist sie auch ein starkes Symbol für unsere heutige stabile Verfassung«, so der Landtagspräsident.

### Wechsel an der Spitze des Landesrechnungshofes

Jens Michel ist seit dem 14. September 2021 neuer Präsident des Sächsischen Rechnungshofes. Er wurde bereits im vergangenen Jahr mit einer Zweidrittelmehrheit des Landtags gewählt und folgt in diesem Amt auf Prof. Dr. Karl-Heinz Binus. Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner verabschiedete den langjährigen Rechnungshofpräsidenten und dankte ihm auch im Namen der Abgeordneten. Der Sächsische Rechnungshof prüft als unabhängige Instanz die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Freistaates Sachsen. Außerdem steht er dem Landtag, der Staatsregierung und den Staatsministerien beratend zur Seite. »Diese Aufgabe wird im politischen Alltag mitunter schnell übersehen, ist aber ein unverzichtbarer Gewinn für unsere Demokratie«, betonte der Landtagspräsident.



## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:  
18.11. – 19.11.2021  
21.12. – 22.12.2021  
09.02. – 10.02.2022  
23.03. – 24.03.2022  
04.05. – 05.05.2022  
01.06. – 02.06.2022

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5601  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
BÜNDNISGRÜNE  
Tel. 0351 493-4800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700

### Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen und Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Im Bürgerfoyer kann die Ausstellung »DAS PARLAMENT DER SACHSEN« von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 18 Uhr (in den Sommerferien 10 – 18 Uhr) individuell besucht werden.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/aktuelles/Landtagskurier).

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG  
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Protokoll, Besucherdienst  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Tel. 0351 493-5133  
[publikation@slt.sachsen.de](mailto:publikation@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 08.10.2021  
Gastautoren: Elenor Winona Jung (Sächsischer Landtag), Prof. Dr. Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden)

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der foto-mechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshhtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshhtml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshhtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshhtml)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:  
[twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt)  
und auf Instagram:  
[instagram.com/sachsen\\_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)